

BIBS-Fraktion
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
0531/ 470-2180
Fax 0531/ 470-2182
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 11. November 2019

Braunschweiger Rat muss letzte Chance nutzen!

Knapp drei Wochen vor dem geplanten Bundesparteitag der AfD in der Volkswagen Halle am 30.11./01.12.2019 versucht die BIBS-Fraktion, doch noch größtmöglichen Schaden von der Stadt Braunschweig abzuwenden.

Nachdem 23.000 Petitionsunterschriften zur Verhinderung des Parteitages gesammelt und am letzten Mittwoch übergeben wurden, unternahm die BIBS-Fraktion im Aufsichtsrat der Stadthallengesellschaft einen entsprechenden Vorstoß, die Bereitstellung der VW-Halle für den Parteitag zu verhindern. Da dies erfolglos blieb, stellt die BIBS-Fraktion für die morgige Ratssitzung am 12.11.2019 den folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Rat zieht die Angelegenheit an sich und weist die Gesellschafter-Vertreter*innen der Stadthallen-Betriebsgesellschaft mbH an, für die Kündigung des Mietvertrages über die Volkswagenhalle am 30.11./01.12.2019 zu sorgen und die Geschäftsführung der Stadthallen-Betriebsgesellschaft so zeitnah damit zu beauftragen, dass der Mietvertrag noch rechtzeitig vor Monatsende storniert werden kann.

„Mit der Annahme dieses Antrags kann der Rat die letzte Chance ergreifen, um einen riesigen Imageschaden für die Stadt Braunschweig zu verhindern“, erklärt BIBS-Fraktionsvorsitzender Peter Rosenbaum. „Nach dem Braunschweig zuletzt unter anderem in der satirischen heute-show des ZDF zum Gespött des ganzen Landes wurde, bieten sich nun für Rat und Oberbürgermeister die Gelegenheit, durch entschlossenes Handeln bundesweit wieder positive Schlagzeilen zu schreiben. Dies wäre ein starkes Zeichen gegen Rechts, das auch wegweisend für andere Städte Niedersachsens sein würde“, ergänzt Peter Rosenbaum.

„Gänzlich unverständlich finden wir die Haltung der Stadt, TeilnehmerInnen der Gegendemonstrationen nicht in städtischen Sporthallen übernachten zu lassen.“ Das Bündnis gegen Rechts hatte hierzu angefragt. „Hier besteht wirklich der begründete Verdacht, dass die Stadtverwaltung auf dem rechten Auge blind ist“, schließt Rosenbaum.